



Nordrhein-Westfälische Akademie der
Wissenschaften und der Künste

Franz-Xaver Kaufmann, Walter Krämer (Hg.)

Die demografische Zeitbombe

Fakten und Folgen des Geburtendefizits

Ferdinand Schöningh

Umschlagabbildung:
Demografischer Wandel, Rente
Fotolia. Datei: #61015455 | Urheber: Trueffelpix.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig.

© 2015 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Jühenplatz 1,
D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Einbandgestaltung: Anna Braungart, Tübingen
Printed in Germany
Herstellung: Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn

ISBN 978-3-506-78348-6

Inhalt

Grußwort	9
Zur Einführung	
<i>Franz Xaver Kaufmann und Walter Krämer</i>	11

Michaela Kreyenfeld

1. DIE GEBURTEN- UND FAMILIENENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

1.1 Einleitung	19
1.2 Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland	20
Kohortenfertilität	20
Verteilung der Kinderzahl	23
Aufschub der Familiengründung und Kinderlosigkeit	26
Krise des zweiten Kindes in Ostdeutschland?	28
1.3 Nichteheliche Geburten und Familienformen	29
1.4 Fazit: Wie aktuell ist die These der strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie für die Erklärung des niedrigen Geburtenniveaus in Deutschland?	31
Literatur	34
Anhang	38

Christoph M. Schmidt

2. DER DEMOGRAFISCHE WANDEL ALS GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT – EIN ÜBERBLICK

2.1 Die Ausgangslage: Hoher Reformbedarf	39
2.2. Die Anatomie des demografischen Wandels	41
Bevölkerungsprojektionen	42
Implikationen für die Versorgungslast	44
Gegenmaßnahmen ohne Wirkung	47

2.3. Auswirkungen auf Arbeitsmärkte und Wirtschaftswachstum.....	51
Gesamtwirtschaftliche Ersparnis und Investitionen.....	52
Erwerbspersonen und ihre Produktivität.....	55
Auswirkungen auf das Produktionspotenzial.....	60
2.4. Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte.....	64
Projektionen von Einnahmen und Ausgaben.....	65
Tragfähigkeit.....	67
Lebenserwartung und Rentenbezugsdauer.....	72
2.5. Schlussfolgerungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.....	76
Literatur.....	77

Franz-Xaver Kaufmann

3. GESELLSCHAFTLICHE FOLGEN DES
BEVÖLKERUNGRÜCKGANGS

3.1 Bevölkerungsrückgang.....	81
3.2 Lassen sich Wirkungen des Bevölkerungsrückgangs identifizieren?.....	83
3.3 Gesellschaftstheoretischer Ansatz: Humanvermögen.....	86
3.4 Nachwuchsschwäche und Produktivität.....	89
3.5 Nachwuchsschwäche und Politik.....	91
3.6 Nachwuchsschwäche und Veränderungsbereitschaft – Sklerotisierung?.....	93
3.7 Zusammenfassung.....	96
Literatur.....	97

Hans Werner Sinn

4. LAND OHNE KINDER – DIE FAKTEN, DIE FOLGEN,
DIE URSACHEN UND DIE POLITIKIMPLIKATIONEN

4.1 Die Fakten.....	103
4.2 Die Folgen der demografischen Krise.....	111
4.3 Die ökonomischen Ursachen der demografischen Krise.....	120

Ökonomische Fertilitätsanreize: der Beitritt des Saarlandes und der neuen Bundesländer.....	121
Das Beispiel Frankreich	123
Kinderbetreuung und Ganztagschulen	125
Die Löhne der Frauen	127
Auch die Rentenversicherung gehört zu den Ursachen	128
4.4 Politikimplikationen.....	132
Die Erhöhung des Rentenalters	132
Einwanderung	133
Teilkapitaldeckung der Rentenversicherung	138
Riester-Rente für Kinderlose	141
4.5 Schlussbemerkung	146
Literatur.....	147

Johannes Huinink

5. WAS TRAGEN POLITIK UND WIRTSCHAFT ZUR NACHWUCHSSICHERUNG BEI? DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IM VERGLEICH

5.1 Einführung	153
5.2 Politik zur Nachwuchssicherung: Einführende Thesen	154
Interventionsformen zur Nachwuchssicherung	154
Spielräume der Nachwuchssicherung	155
Sicherung des Humanvermögens	157
Nachwuchssicherung als gesellschaftliche Aufgabe.....	158
5.3 Familienpolitik und Geburtenentwicklung in Deutschland und Frankreich	159
Demografische Fakten	159
Historische Hintergründe	160
Familienpolitik in Deutschland und Frankreich im internationalen Vergleich.....	162
5.4 Was lernen wir daraus?	168
Literatur.....	170

Carl Christian von Weizsäcker

6. DEMOGRAFISCHER WANDEL UND DIE STAATSFINANZEN

6.1 Einleitung.....	173
6.2. Der volkswirtschaftliche Gleichgewichtszins (der "natürliche Zins").....	175
6.3. Das Angebot an Kapital.....	176
6.4. Die Lücke zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage.....	180
6.5. Ende der Kapitalknappheit. Alternativen zur Staatsschuld?.....	182
6.6. Ein Wachstumsprogramm für Deutschland.....	187
6.7. Zusammenfassung	193
Literatur	193

Walter Krämer

7. FAZIT UND AUSBLICK

7.1 Zusammenfassung	195
7.2 Was tun?	199
Literatur	202
 Die Autoren.....	 205

Grußwort

Die demografische Krise und die deutsche Politik

Es gehört zur guten Tradition der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste - wie aller anderen Wissenschaftsakademien der Union - , der Politik und der interessierten Öffentlichkeit komplexe wissenschaftlich fundierte Sachverhalte und Forschungsergebnisse mit Bezug zu aktuellen Themen aufzubereiten und verständlich zu machen. So hat etwa die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste anlässlich der Reaktorkatastrophe von Fukushima eine ausführliche Stellungnahme zur Sicherheit der Kernkraftwerke vorgelegt. Oder: Erst kürzlich wurde von allen Wissenschaftsakademien gemeinsam eine Stellungnahme zur Palliativversorgung in Deutschland erarbeitet.

Der vorliegende Sammelband adressiert ein schon seit Jahrzehnten virulentes, aber ebenso lange mit fast schon beängstigender Hartnäckigkeit auch weitgehend verdrängtes Problem: die große Herausforderung, die der kommende, unausweichliche demografische Wandel für die Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes darstellt. Dazu hat unsere Akademie hochkarätige Expertinnen und Experten aus Medizin und Wirtschaft, aus Soziologie, Politologie und Demografie zu Einschätzungen und Stellungnahmen eingeladen.

Im Rahmen von zwei öffentlichen Veranstaltungen im Juni 2014 in den Räumen der Akademie in Düsseldorf wurde über Gründe, Chancen, Risiken und Folgen des demografischen Wandels diskutiert. Der vorliegende Band beinhaltet insbesondere die Beiträge, die sich mit dem Aspekt des Bevölkerungsrückgangs, des Wenigerwerdens (in Abgrenzung von dem Aspekt der alternden Gesellschaft, des Älterwerdens) befassen. Nicht alle Referentinnen und Referenten stimmten in allen Diagnosen und Bewertungen überein. Aber einen gemeinsamen Nenner gab es doch: weitermachen wie gehabt wird nicht mehr funktionieren; es sind intelligente und kreative Lösungen gefragt. Dieser Sammelband leistet einen Beitrag zur Ausarbeitung solcher intelligenten und kreativen Lö-

sungen und damit auch zu einer der wichtigsten Aufgaben einer Akademie der Wissenschaften.

Hanns Hatt

Präsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste

Franz-Xaver Kaufmann und Walter Krämer

Zur Einführung

Auf den einfachsten Nenner gebracht, bedeutet demografischer Wandel: Die Bevölkerung in Deutschland wird älter, bunter und weniger. Der Anteil der alten Menschen nimmt zu. Durch die fortgesetzte Zuwanderung aus kulturell unterschiedlichen Ländern verändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Herkunft, Präferenzen und Einstellungen. Und infolge der seit nunmehr vierzig Jahren niedrigen Geburtenhäufigkeit beginnt in naher Zukunft ein sich fortsetzender Bevölkerungsrückgang.

Diese Tendenzen waren seit langem abzusehen. Aber erst seit etwa einem Jahrzehnt haben sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erreicht. Und auch die Wissenschaften begannen in Deutschland erst sehr spät, seit den 1980er Jahren, sich mit Bevölkerungsfragen auseinanderzusetzen. Denn die Bevölkerungswissenschaft hat es in der Bundesrepublik von Anfang an schwer gehabt. Sie war in der Zeit des Nationalsozialismus enger als die meisten anderen Wissenschaften mit dem Rassenwahn der Herrschenden verknüpft. Die Biologisierung des Bevölkerungsgeschehens und das Denken in der Rationalität von Bevölkerungsmodellen führte zu einer Brutalisierung des bevölkerungspolitischen Handelns, das sich sowohl in der Förderung des „reinrassigen“ deutschen Menschen als in der Ausmerzung fremden und „lebensunwerten“ Lebens niederschlug. Schon nach dem ersten Weltkrieg waren die Geburtenzahlen unter das für einen Bevölkerungserhalt erforderliche Niveau gesunken, und alarmierende Schriften wie die des Bevölkerungswissenschaftlers Friedrich Burgdörfer „Volk ohne Jugend“ (1932) oder „Sterben die weißen Völker?“ (1934) fanden große Resonanz. Deshalb galten auch Maßnahmen der Familienpolitik als Ausdruck nationalsozialistischer Gesinnung und waren nach dem Kriege zunächst diskreditiert; die Besatzungsmächte hatten seinerzeit sogar das Kindergeld verboten.

Dementsprechend blieben Bevölkerungsfragen in der Bundesrepublik lange Jahre tabuisiert, und die Bevölkerungswissenschaft hat bis heute wenig Förderung erfahren, die Gründung des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock im Jahre 1996 einmal ausgenommen. Auch in den übrigen Sozialwissen-

schaften spielten Bevölkerungsfragen bis in die jüngste Zeit kaum eine Rolle.

Die wichtigsten, wenn auch natürlich nicht die einzigen Komponenten jeder demografischen Analyse sind die Geburten und Sterbefälle; hier wird in Deutschland seit 1972 kontinuierlich ein Überschuss der Sterbefälle über die Geburten registriert. Ohne ziemlich kontinuierliche, allerdings von Jahr zu Jahr stark schwankende Zuwanderungssalden würde die Bevölkerung in Deutschland seither schrumpfen. Tatsächlich ist sie in Gesamtdeutschland jedoch seither um 4% auf 82 Millionen gestiegen. Die Zuwanderung hat also nicht nur den Geburtenrückgang kompensiert, sondern ein - wenn auch bescheidenes - Bevölkerungswachstum ermöglicht. Dieses wurde auch durch den Sterblichkeitsrückgang unterstützt: In den letzten fünfzig Jahren ist in Deutschland vor allem die Alterssterblichkeit erheblich zurückgegangen, und diese Lebensgewinne bringen es mit sich, dass der Anteil der Senioren nicht nur infolge der kontinuierlich niedrigen Fertilität zunimmt, sondern auch infolge des längeren Lebens im Alter.

Für die Zukunft ist allerdings trotz Zuwanderung und weiterem Sterblichkeitsrückgang mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen. Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes schätzt in der Hauptvariante unter der Annahme eines jährlichen Zuwanderungssaldos von 100'000 Personen den Bevölkerungsstand für 2050 auf 68,4 Millionen Einwohner; das ist –bezogen auf 2011– ein Rückgang von 16%. Rechnet man weiter bis 2060, so sinkt die Bevölkerung auf 64,7 Millionen oder um 21%. Ein höherer Zuwanderungssaldo oder ein Geburtenanstieg würde diesen Bevölkerungsrückgang zwar reduzieren, aber in realisierbaren Größenordnungen keinesfalls ausreichen, ihn aufzuhalten. Nicht nur Mecklenburg-Vorpommern und andere Abwanderungsgebiete, auch Deutschland als Ganzes sollte sich deshalb nicht nur mit dem Altern der Bevölkerung, sondern auch mit dem Szenario eines Bevölkerungsrückgangs auseinandersetzen.

Bemerkenswerterweise hat der Deutsche Bundestag über drei Legislaturperioden hinweg – von 1992 bis 2002 – eine „Enquêtekommission Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“ eingerichtet. Diese hat sich aber ausschließlich mit den Folgen des demografischen Alterns, aber nicht mit dem Bevölkerungsrückgang befasst; ihr Fokus lag ganz auf der Zunahme der Alten und

nicht auf der Abnahme der Jungen, die doch das eigentliche Problem darstellt. Familienpolitiker hatten denn auch in der Kommission wie unter den Experten nichts zu suchen.

Das zentrale gesellschaftliche und politische Bevölkerungsproblem ist jedoch nicht die überproportionale Zunahme alter, sondern der Mangel an jungen Menschen. Dies wird aus den nachfolgenden Referaten deutlich, die auf einem zweiteiligen Symposium der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und Künste „Folgen Demografischen Wandels“ am 5. und 17. Juni 2014 vorgetragen wurden. Sie werden im Folgenden in überarbeiteter und z.T. erweiterter Fassung veröffentlicht. Die Renitenz, mit der sich Öffentlichkeit und Politiker noch immer weigern, dem Problem des Nachwuchsmangels den ihm gebührenden Platz auf der politischen Agenda zu gewähren, veranlasst die Herausgeber zu dem für eine wissenschaftliche Veröffentlichung ungewohnt dramatisierenden Titel: „Die demografische Zeitbombe - Fakten und Folgen des Geburtendefizits“.

Der Band beginnt mit einem Überblick von Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld zum Stand der Fertilitätsforschung in der Bundesrepublik. Frau Kreyenfeld ist Leiterin der Abteilung "Ökonomische und soziale Demografie" am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und Professorin für Soziologie an der Hertie School of Governance in Berlin. Ihre nach Geburtsjahrgängen der Mütter (Kohortenfertilität) differenzierende Analyse zeichnet ein klareres Bild der Fertilitätsentwicklung als die zeitpunktbezogene Allgemeine Geburtenziffer. Die im europäischen Vergleich extrem niedrige Fertilität in Deutschland resultiert dabei aus zeitlich unterschiedlichen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland. Einflussreich ist insbesondere das Hinauszögern der Geburten in höhere Lebensalter und die Zunahme lebenslanger Kinderlosigkeit – letzteres vor allem in Westdeutschland. „Ohne Ostdeutschland würde die Bundesrepublik wahrscheinlich das Land mit der höchsten Kinderlosigkeit Europas sein (Konietzka und Kreyenfeld 2013)“ Auffallend stabil ist der dominierende Anteil der Zweikinderfamilien im Westen, während der Anteil der kinderreichen Familien von drei und mehr Kindern von Kohorte zu Kohorte in beiden Teilen Deutschlands zurückgeht.

Eine lebenslange Kinderlosigkeit lässt sich naturgemäß nur für die Frauen konstatieren, die das 50. Lebensjahr erreicht haben, wobei allerdings der Anteil der Erstgebärenden nach 40 Jahren

statistisch kaum mehr ins Gewicht fällt. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hat sich die Kinderlosenquote von 1990 bis 2012 für die gesamte Bundesrepublik auf 22% nahezu verdoppelt. Kinderlosigkeit ist im Westen häufiger als im Osten, in den Stadtstaaten deutlich verbreiteter als in den Flächenstaaten, und bei den Akademikerinnen (30%) deutlich häufiger als im Rest der Bevölkerung (20%) Allerdings scheint sie bei den jüngeren Kohorten der Akademikerinnen nicht mehr zuzunehmen, wie überhaupt erste Anzeichen einer Stabilisierung der Fertilität auf dem erreichten niedrigen Niveau zu beobachten sind.¹

Der folgende Beitrag von Prof. Dr. Christoph M. Schmidt ist auf die ökonomischen Folgen des demografischen Wandels fokussiert. Herr Schmidt ist Direktor des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen und Vorsitzender des Sachverständigenrates für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Er erörtert zunächst den Gesamtprozess des Demografischen Wandels unter Bezugnahme auf die neuesten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes. Sie lassen Spannbreite und Grenzen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060 erkennen. Dann werden in Anlehnung an die entsprechenden Analysen des Sachverständigenrats die möglichen ökonomischen Konsequenzen aufgezählt. Als zentrale Probleme erscheinen dabei die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Standortqualitäten, vor allem in Konkurrenz zu anderen Volkswirtschaften, und eine möglicherweise versiegende Innovations- und Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Den Wandel aufzuhalten hält er für illusorisch, dafür sei es schon zu spät: „Vielmehr muss es vor allem darum gehen, die Anpassungsfähigkeit der Akteure und Märkte an neue Herausforderungen zu stärken.“ Als besonders wirkungsvoll für die Bewältigung der in den sozialen Sicherungssystemen absehbaren Finanzierungsprobleme wird im Anschluss an Empfehlungen des Sachverständigenrates für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Zeit nach 2030 empfohlen. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten am überzeugendsten wäre es, die Lebensarbeitszeit proportional zur weiter steigenden Lebenserwartung zu verlängern.

¹ Vgl. auch Statistisches Bundesamt: Geburtenantrends und Familiensituation in Deutschland. Wiesbaden 2013, S. 31-38.

Der dann folgende Beitrag von Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann, Emeritus für Sozialpolitik und Soziologie sowie seinerzeit Gründer und Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bielefeld, wendet sich den gesamtgesellschaftlichen Aspekten des Bevölkerungsrückgangs zu. Sein Ausblick ist noch skeptischer als derjenige von Schmidt. Zwar gebe es bisher noch keine Erfahrung mit einem langfristigen Bevölkerungsrückgang modernisierter Gesellschaften auf nationaler Ebene, weil das Phänomen noch zu jung ist. Aber die Entwicklung Japans im letzten Jahrzehnt bestätigt Tendenzen, welche französische Bevölkerungswissenschaftler bei der demografischen-Stagnation Frankreichs zwischen 1850 und 1940 beobachtet haben: Geringes Wirtschaftswachstum, geringe Produktivität und fehlende Reformbereitschaft. Hierfür werden theoretische Erklärungen angeboten, die in der These gipfeln: „Wachsende Anpassungszwänge stoßen im Falle schrumpfender Bevölkerungen auf sinkende Anpassungsfähigkeit. Konflikte tendieren dazu, sich zu verfestigen, anstatt innovative Lösungen zu generieren. ... Dafür ist nicht die Zunahme der alten Menschen („Überalterung“), sondern das Fehlen ausreichenden Nachwuchses („Unterjüngung“) ursächlich.“

Im folgenden Beitrag betont Prof. Dr. Hans Werner Sinn ebenfalls den Mangel an Kindern als die eigentliche Ursache des Problems. Herr Sinn ist Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Münchner Ludwig Maximilians Universität. „Kinder sind in Deutschland zum Störfaktor geworden. Sie kosten Geld, schränken die Konsumfreiheit ein und führen zum sozialen Abstieg.“ Nach einer ausführlichen Präsentation von nicht zu negierenden Fakten wendet er sich den Folgen der demografischen Krise für die Rentenversicherung und die Dynamik der deutschen Wirtschaft zu. „Für die Rentner wird es eng, und dennoch tragen die Arbeitenden eine extrem hohe Belastung.“ Und das kann auch durch eine höhere Produktivität nicht völlig aufgefangen werden, denn „auch die geistige und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands wird erlahmen.“

Wie schon Kaufmann und in einem späteren Beitrag Huinink führt Sinn das Beispiel Frankreich als Vorbild an. „Das französische Anreizsystem hilft ein wenig beim ersten Kind, dafür aber umso stärker beim zweiten und vor allem beim dritten Kind. Dies könnte einer der Gründe für den messbaren Erfolg der französi-

schen Familienpolitik sein.“ Und wie sein Kollege Schmidt fordert auch Sinn eine Abkehr von der völlig irrationalen Rentenpolitik der aktuellen Bundesregierung sowie darüber hinaus eine Vorsorgepflicht für Kinderlose: „Wer keine Kinder bekommen will oder kann, dem kann zugemutet werden, dass er das Geld, das andere für die Kindererziehung ausgeben, am Kapitalmarkt anlegt, um sich so eine Zusatzrente zu verschaffen.“

Auch Professor Dr. Johannes Huinink, Inhaber eines Lehrstuhls für Soziologie am Institut für empirische und angewandte Soziologie (EMPAS) der Universität Bremen, argumentiert für eine kinderfreundlichere Politik. Kinder gelten einerseits nach wie vor als hoch erstrebenswerter Lebensinhalt. "Doch wägen Frauen und Männer in ihrer jeweiligen Lebenssituation durchaus von ihnen antizipierte Vor- und Nachteile einer Elternschaft ab, bevor sie eine Familie gründen und weitere Kinder haben.“ Als Soziologe untersucht Huinink dabei auch „Unterschiede in der ‚Empfänglichkeit‘ von Teilgruppen innerhalb einer Bevölkerung, etwa unterschieden nach Bildung und beruflicher Qualifikation, für verschiedene familienpolitische Interventionsformen“ und fordert eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ganz allgemein stellt er Nachwuchssicherung als eine gesellschaftliche Aufgabe heraus, die aber in Deutschland von der Politik noch viel zu wenig ernst genommen wird.

In seinem Beitrag zur Rolle der Staatsfinanzen im demografischen Wandel äußert sich Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker kritisch zur in der ökonomischen Doktrin vorherrschenden Ablehnung weiterer Staatsverschuldung. Carl Christian von Weizsäcker war Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Energiewissenschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln und ist aktuell Senior Research Fellow am Bonner Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. Die private Investitionstätigkeit könne nicht genügend Vermögen bilden, um die Guthaben zu decken, welche die jeweils erwerbstätigen Generationen durch Ersparnisse und Beiträge zu den Sozialversicherungen aufbauten. Wir leben nicht mehr in Zeiten der Kapitalknappheit. „Die Staatsverschuldung wird bei fehlender Kapitalknappheit zur zentralen Bedingung einer funktionsfähigen individuellen und kollektiven Altersvorsorge.“ Von Weizsäcker schlägt deshalb „Ein Wachstumsprogramm für Deutschland“ vor, das im Wesentlichen auf staatlich finanzierte Investitionen in Bildung und Infrastruktur

setzt: Verglichen mit dem Status Quo erscheint daher eine staats-schulden-finanzierte Förderung der Verkehrsinfrastruktur und der zusätzlichen vorschulischen und schulischen Förderung von Kindern mit dem Nebeneffekt einer verbesserten Gleichstellung von Frauen und Männern eine gesamtwirtschaftlich sehr rentable Investition in die Zukunft.

Als Quintessenz all dieser Beiträge konstatiert abschließend der Mitherausgeber Walter Krämer, Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Technischen Universität Dortmund, in Übereinstimmung mit dem Beitrag des anderen Mitherausgebers Kaufmann, ebenfalls eine große Lücke, nämlich zwischen dem Ausmaß des Problems, das im Zentrum dieses Sammelbandes steht, und dessen Wahrnehmung in Öffentlichkeit und Politik. „Was zu tun ist – echte und nicht nur nominale Familienförderpolitik, gezieltes Anwerben produktiver und eingliederungswilliger Zuwanderer, eine deutliche längere Lebensarbeitszeit statt kosmetischer Korrekturen am Rentenalter, mehr Investitionen in die deutsche statt in die griechische und spanische wirtschaftliche Infrastruktur, eine spürbare Lastenumverteilung von Kinderreichen auf Kinderlose, verbunden mit einer Teilumstellung unseres Rentensystems vom Umlage- auf ein Kapitaldeckungsverfahren - ist damit aus Sicht der Demografie, der Statistik, der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaften trotz Meinungsverschiedenheiten im Detail einigermassen klar. Politisch ins Werk gesetzt wird es vermutlich nicht.“ Möge dieses Buch dennoch zur der Reduzierung der Wahrnehmungslücke hinsichtlich der demografischen Risiken zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik beitragen.

Michaela Kreyenfeld

1. Die Geburten- und Familienentwicklung in Deutschland

1.1 Einleitung

Die Sozialwissenschaften haben sich in Deutschland erst spät den demografischen Aspekten der Familienentwicklung zugewandt. Seit den 1980er Jahren wurden die Diskussionen über den Wandel von Familie durch die modernisierungstheoretische Perspektive dominiert, der zufolge die „Pluralisierung der Lebensformen“ und der „zweite demografische Übergang“ (Lesthaeghe 2010) in allen Ländern in ähnlicher Weise stattfinden. In den letzten Jahren jedoch hat vor allem die international vergleichende Forschung das Bewusstsein dafür geschärft, dass der Wandel von Familie und privaten Lebensformen in den europäischen Ländern zum Teil unterschiedlich verlaufen ist. Damit rücken die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Lebensbedingungen der Familien und mit diesen auch die familienpolitischen Regelungen in das Zentrum der Aufmerksamkeit (Ahn und Mira 2002; Castles 2003; Esping-Andersen 1999; Kaufmann und Kuijsten 1997; Kaufmann et al. 2002; Künzler 2002; Neyer und Andersson 2008). Vor allem im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise wird auch gefragt, ob und wie wohlfahrtsstaatliche Institutionen die potentiell negativen Folgen von Arbeitslosigkeit und ökonomischer Unsicherheit für die Familiengründung abmildern können (Goldstein et al. 2013; Kreyenfeld et al. 2012; Sobotka et al. 2011).

In Deutschland ist spätestens mit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 die Frage virulent geworden, ob durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen die Geburtenrate beeinflusst werden kann. Obwohl bevölkerungspolitische Ziele niemals explizit formuliert worden sind, war dennoch gerade mit der Einführung des Elterngeldes die Erwartung verbunden, dass die Geburtenrate, die in (West-)Deutschland seit den 1970er Jahren auf einem Wert von nur 1,4 Kindern pro Frau verharrt, ansteigen würde. Die aktuellsten Geburtenziffern, die sich weiterhin auf Werte von etwa 1,4 belaufen, deuten nicht darauf hin, dass sich das Geburtenverhalten in

jüngster Vergangenheit grundlegend verändert hat. Eine abschließende Beurteilung fällt jedoch schwer, da die zusammengefasste Geburtenziffer eine höchst komplexe Maßzahl ist. Sie wird zum einen durch Veränderungen im Alter bei Erstgeburt beeinflusst; zum anderen verbergen sich hinter der hoch aggregierten Kennziffer möglicherweise bedeutsame Unterschiede hinsichtlich des Geburtenranges. Diese sind nicht nur relevant, um das Geburtengeschehen in Deutschland generell zu beurteilen, sondern auch für das Verständnis der langfristige Anpassung des Geburtenverhaltens in Ost- und Westdeutschland.

Ziel dieses Beitrags ist es *nicht*, die jüngsten familienpolitischen Reformen in Deutschland in Bezug auf deren Effektivität zu evaluieren (siehe hierzu bspw.: BMFSFJ 2013; Bonin et al. 2014). Vielmehr soll auf Basis unterschiedlicher Datenquellen ein Überblick über das langfristige ordnungsspezifische Geburtenverhalten in Ost- und Westdeutschland gegeben werden, d.h. zu den Mustern des Übergangs zum ersten, zweiten und dritten Kind (Abschnitt 1.2). Hieran schließt sich eine Darstellung des Wandels der Lebens- und Familienformen an (Abschnitt 1.3). Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen diskutieren wir im Fazit dieses Beitrags (Abschnitt 1.4) den Zusammenhang von sozialpolitischen Rahmenbedingungen und Geburtenentwicklung. Wir beziehen uns in der Diskussion vor allem auf die von Franz-Xaver Kaufmann zur Diskussion gestellte These der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ (Kaufmann 1990; 1995; 2005). Inwiefern hat diese Hypothese vor dem Hintergrund der umfassenden familienpolitischen Reformen, die in Deutschland in den letzten Jahren lanciert wurden, noch Geltung, um das generative Verhalten zu erklären? Welche Erwartungen lassen sich vor diesem Hintergrund zur langfristigen Geburtenentwicklung in Deutschland formulieren?

1.2 Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland

Kohortenfertilität

Die in Medien und Politik am häufigsten verwendete Kennziffer zur Charakterisierung der demografischen Situation ist die zusammengefasste Geburtenziffer. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern ist die zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility

rate, TFR) in Westdeutschland seit den 1960er Jahren drastisch zurückgegangen. Seit Ende der 1970er Jahre scheint sie sich auf einen Wert von etwa 1,4 stabilisiert zu haben. In Ostdeutschland ist vor allem der beispielelose Einbruch auf Werte unter 1,0 nach der Wiedervereinigung und der Wiederanstieg der TFR auf westdeutsches Niveau in den letzten Jahren augenfällig (Goldstein und Kreyenfeld 2011). Unter „optimalen“ Bedingungen gibt die TFR die durchschnittliche Anzahl der Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt.² Aufgrund von „Tempo-Effekten“, d.h. insbesondere aufgrund des Hinausschiebens des ersten Kindes auf ein höheres Alter, haben derartige Periodenziffern jedoch nur begrenzte Aussagekraft (Luy und Pötzsch 2010; Sobotka und Lutz 2011). Dies gilt in besonderem Maße für Ostdeutschland, wo nach dem Fall der Mauer das Alter bei der Erstgeburt rasant angestiegen ist.

Ein weniger anfälliges Maß, um das Geburtengeschehen abzubilden, ist die Kohortenfertilität, d.h. die durchschnittliche Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen von Frauen. Die amtliche Geburtenstatistik, die im Wesentlichen auf die Periodenerfassung des demografischen Geschehens fokussiert ist, liefert nicht unmittelbar Kohortenfertilitätsziffern. Mit Hilfe von langen periodenspezifischen Geburtenraten nach Einzelaltern der Frauen können jedoch auch auf Basis der amtlichen Daten Kohortenfertilitätstafeln erstellt werden. Dies geschieht, indem die einzelnen Jahresdaten so arrangiert werden, dass sie das Verhalten einzelner Geburtskohorten abbilden. Auf Basis der amtlichen Geburtenstatistik Deutschlands kann so das Verhalten der Kohorten rekonstruiert werden, die 1941 oder später geboren wurden (Pötzsch 2010b; Shkolnikov und Sobotka 2014).³

Abbildung 1.1 gibt die Kohortenfertilität für die Jahrgänge 1941-1970 wieder. Da die jüngeren Jahrgänge bis zum letzten Beobachtungszeitpunkt das Ende ihrer reproduktiven Phase noch nicht erreicht haben, ist für diese Jahrgänge nur die Fertilität bis

² Die zusammengefasste Geburtenziffer berechnet sich aus der Summe der altersspezifischen Geburtenziffern eines Kalenderjahres. Um die zusammengefasste Geburtenziffer als Indikator für die endgültige Kinderzahl interpretieren zu können, bedient man sich des Prinzips der „synthetischen Kohorte“. D. h., die perioden- und altersspezifischen Daten werden so betrachtet, als handelte es sich um das Verhalten eines realen Geburtsjahrgangs (Preston et al. 2001).

³ Für ältere Jahrgänge liegen zudem Schätzungen des Statistischen Bundesamts und des Bundesamtes für Bevölkerungsforschung vor (Schwarz 1991).